

## A n t w o r t

des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Louis Schmidt (AfD)  
– Drucksache 17/7173 –

### Plagiatsvorwürfe gegen Mainzer Soziologin

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/7173 – vom 31. August 2018 hat folgenden Wortlaut:

Nach dem Vorwurf auf der Plattform VroniPlag Wiki, eine Mainzer Soziologin habe sowohl bei ihrer Doktorarbeit als auch bei der Habilitation (dort sind angeblich 70 Prozent Plagiate) plagiiert, wurde an der Humboldt-Universität (HU) in Berlin ein Überprüfungsverfahren eingeleitet. Inzwischen sind eineinhalb Jahre vergangen, die Prüfung ist laut einer Auskunft der Berliner Senatskanzlei „Wissenschaft und Forschung“ vom 22. Juni 2018 noch immer nicht abgeschlossen. Die Mainzer Soziologin wird an der Johannes Gutenberg-Universität (JGU) in Mainz am Institut für Soziologie weiterhin als Professorin geführt. Im Wintersemester 2018/2019 bietet sie Seminare, Kolloquien und ein Tutorium an.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung oder die JGU eine Erklärung von der Soziologin eingefordert?
2. Welche (weiteren) Schritte wurden seitens der Landesregierung oder der JGU parallel zum laufenden Verfahren unternommen?
3. Gibt es bezüglich der Plagiatsvorwürfe gegen die Soziologin einen Austausch zwischen der JGU Mainz und der HU Berlin? Falls ja, wie sieht dieser aus?
4. Wann ist mit einem Ergebnis der Überprüfung zu rechnen?
5. Was wurde seitens der Landesregierung oder der JGU unternommen, um das Verfahren in Berlin zu beschleunigen, weil doch großes Interesse bestehen müsste, Klarheit zu erhalten, um den Wissenschaftsstandort Mainz nicht zu beschädigen?
6. Welche Form der Kooperation gibt es mit VroniPlag Wiki?
7. Bestehen nach Kenntnis der Landesregierung Überlegungen, die Soziologin zumindest vorübergehend vom Lehrbetrieb abzuziehen?

Das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 24. September 2018 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 bis 7:

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) hat die Professorin bislang weder zu einer Stellungnahme aufgefordert noch parallel Schritte unternommen, weil das Überprüfungsverfahren in den Händen der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) liegt und noch nicht zu einem Abschluss gekommen ist. Allerdings steht der Präsident der JGU in Kontakt mit der Präsidentin der HU. Mit dem Abschluss des dortigen Verfahrens ist nach Auskunft der HU voraussichtlich im Spätherbst dieses Jahres zu rechnen.

Ob und gegebenenfalls welche Konsequenzen aus der Entscheidung der HU in dieser Angelegenheit zu ziehen sind, wird die JGU in Abstimmung mit der Landesregierung zu gegebener Zeit entscheiden.

Prof. Dr. Konrad Wolf  
Staatsminister